



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION  
SCHLOSSPLATZ 1-3  
65183 WIESBADEN  
TELEFON 0611 350-692  
TELEFAX 0611 350-  
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de  
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

## Pressemitteilung

28.02.2013

### **Bächle-Scholz: „Länderfinanzausgleich benachteiligt Hessen“**

„Nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Reform des Länderfinanzausgleichs können die Ungerechtigkeiten nur noch durch eine Verfassungsklage beseitigt werden. Das Ungleichgewicht des jetzigen Systems macht sich auch daran fest, dass seit dem vergangenen Jahr mit **Hessen, Bayern und Baden-Württemberg nur noch drei Geberländer 13 Nehmerländern gegenüberstehen**. Die Mehrheiten verschieben sich damit immer mehr zu Lasten der drei Geberländer. Es ist nur folgerichtig, dass Hessen gegen das derzeitige **ungerechte, intransparente und leistungsfeindliche System** des Länderfinanzausgleichs klagt“, dies sagte die CDU-Landtagsabgeordnete, **Bächle-Scholz**, anlässlich der aktuellen Landtagsdebatte zum Länderfinanzausgleich.

„Wir sparen, wo es vertretbar ist, andere werfen das hessische Geld mit beiden Händen zum Fenster raus. Im Landtag haben wir daher mit Hilfe einer namentlichen Abstimmung geklärt, welche Abgeordneten auf der Seite der hessischen Bürger stehen und den Länderfinanzausgleich ändern möchten. Dabei wurde deutlich, dass die Sozialdemokraten den ‚Hessen-Test‘ nicht bestanden haben. Der Abgeordneten der **SPD haben sich gegen die Klage und damit für die andauernde und ungerechte Belastung unseres Landes ausgesprochen**.“, so **Bächle-Scholz**.

„Diese Verweigerungshaltung schadet unserem Land, seinen Bürgern und auch den Kommunen. **Von einer Milliarde Euro, die das Land weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müsste, würden die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise 230 Millionen Jahr für Jahr mehr erhalten**“, so **Bächle-Scholz** weiter.

Hinsichtlich der Klageschrift stellte **Bächle-Scholz** fest: „Die Klage gegen den Länderfinanzausgleich wird solide vorbereitet. Hier wird auch **das Fachwissen von renommierten Ökonomen, Juristen und Verwaltungsexperten einfließen**. Im gemeinsamen Kabinettsbeschluss der Hessischen Landesregierung und der Bayerischen Staatsregierung finden sich dabei in den aufgeführten Eckpunkten für eine Klage die langjährigen Forderungen der CDU.“